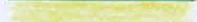
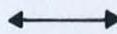
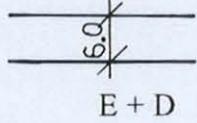
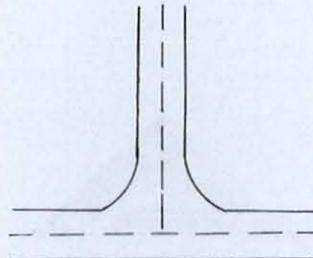




ZEICHENERKLÄRUNG  
FÜR DIE FESTSETZUNGEN:

	Grenze des Geltungsbereiches
	In diesem Verfahren festzusetzende
	Baugrenzen
	Straßenbegrenzungslinien
	bestehende
	öffentliche Verkehrsflächen
	geplante
	Firstrichtung
	Breite der Straßen und Wege
	zulässig ist Erdgeschoß und Kniestock max. Höhe 1,40 m
	Die nordwestliche Randbebauung wird wie folgt festgesetzt: 1/2 Kellergeschoß (maximal 1,20 m über Gelände) 1 Vollgeschoß Dachgeschoß mit einer max. Kniestockhöhe von 1,20 m
	Sichtdreiecke (siehe weitere Festsetzungen Nr. VI.)

WEITERE FESTSETZUNGEN:

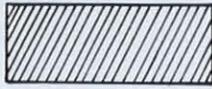
- I. Das Bauland ist als Dorfgebiet (§ 5 BauNVO) festgesetzt.

Dorfgebiete dienen vorwiegend der Unterbringung der Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und dem Wohnen.

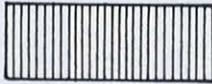
Zulässig sind:

1. Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe
  2. Kleinsiedlungen und landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen
  3. Wohngebäude
  4. Betriebe zur Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse
  5. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes
  6. Handwerksbetriebe, die der Versorgung der Bewohner des Gebietes dienen
  7. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
  8. Anlage für örtliche Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
  9. Gartenbaubetriebe
  10. Tankstellen.
- II. Baugrundstücke müssen mindestens 500 m<sup>2</sup> groß sein.
- III. Dachneigung 22 - 24 °, Satteldach, Dachdeckung rostrot Eternit, eng. Pfannen oder dunkle Betonpfannen.  
Garagen: Flach- oder Satteldach.
- IV. Oberkante der Kellerdecke darf nicht mehr als 1,00 m über dem natürlichen Gelände liegen.
- V. Zäune dürfen eine Höhe von 1,20 nicht übersteigen, die Verwendung von Beton- und Holzpfosten in Verbindung mit Drahtzäunen ist nicht zulässig.
- VI. Im Sichtdreieck sind außer Einfriedungen keine baulichen Anlagen und Ablagerungen zulässig. Eine Bepflanzung darf hier die Zaunhöhe nicht überragen. Die Zaunhöhe darf höchstens 1,00 m betragen.
- VII. Für je 300 m<sup>2</sup> Fläche des Baugrundstückes ist an geeigneter Stelle ein Baum bodenständiger Art zu pflanzen, z.B. Obstbäume.
- VIII. Die Bauparzellen der nordwestlichen Randbebauung dürfen zur freien Landschaft hin - ab der nordwestlichen bzw. westlichen Gebäudeaußenwand - nicht aufgefüllt werden. Die natürliche Geländeoberfläche muß hier erhalten bleiben.
- IX. Bei erdgeschossigen Gebäuden sind die Garagen unter dem Dach des Hausgebäudes anzuordnen.

FÜR DIE HINWEISE:



Vorhandene Wohngebäude



Vorhandene Nebengebäude



Vorschlag für die Teilung der Grundstücke



Höhenlinien

327

Flurstücksnummern

Die Gemeinde Bad Endorf erläßt aufgrund §§ 2 Abs. 1,9,10 des Bundesbaugesetzes -BBauG-, Art. 23, 24 Abs. 1 Nr. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern -GO-, Art. 107 der Bayer. Bauordnung -BayBO-, der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke -BauNV- i.d.F. vom 26.11.1968 (BGBl. I S. 1237) und der Verordnung über Festsetzungen im Bebauungsplan vom 22.6.1961 (GVBl. S. 161) in der jeweils geltenden Fassung diesen Bebauungsplan als Satzung.

- a) Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG vom 13. Aug. 1976 bis 13. Sept. 1976 im Rathaus Bad Endorf öffentlich ausgelegt.



Markt Bad Endorf, den 28. Nov. 1994

[Signature]  
1. Bürgermeister

- b) Die Marktgemeinde Bad Endorf hat mit Beschluß des Gemeinderates vom 13. März 1979 diesen Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen.



Markt Bad Endorf, den 28. Nov. 1994

[Signature]  
1. Bürgermeister

RO

## 2. Ausfertigung

RO  
Bad Endorf  
2

- c) Das Landratsamt Rosenheim hat den Bebauungsplan mit Verfügung vom 14. April 1978 Nr. IV/R-1-610-1/3 C9-1/13 gemäß § 11 BBauG i.V. m. § 2 der Verordnung vom 23. Okt. 1968 (GVBl. S. 327) i.d.F. vom 25.11.1969 (GVBl. S. 370) genehmigt.

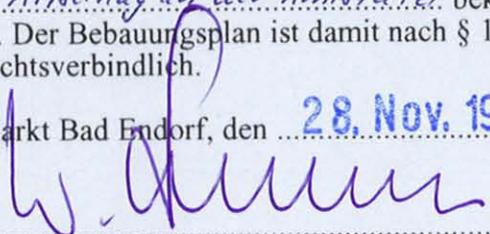
Rosenheim, den 08. DEZ. 1994  
Landratsamt  
I.A.

Stadler, RA



- d) Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung im Rathaus Bad Endorf vom 16. März 1979 bis 06. April 1979 gemäß § 12 Satz 1 BBauG öffentlich ausgelegt. Bei Genehmigung und die Auslegung sind am 16. März 1979 ortsüblich durch Aufschlag an der Amtstafel bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit nach § 12 Satz 3 BBauG rechtsverbindlich.

Markt Bad Endorf, den 28. Nov. 1994

  
Bürgermeister



Endorf i. OB., den 3.11.1975

geändert: den 15.3.1976

geändert: den 13.3.1979

DER ARCHITEKT:

  
Dipl. Ing. Lorenz Linsels

Architekt BAB  
Langbührgasse 18  
83093 Bad Endorf  
Tel. 0 80 53 / 93 23  
Fax 0 80 53 / 21 36